01/2020

DAS MAGAZIN DER BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT ARBEIT E.V.

Forum Arbeit

ZUR SACHE 50plus - die können es **MAGAZIN** Nachrichten aus dem Verband **TITEL** Ältere Menschen im Niemandsland von Hartz IV und der Grundsicherung für Ältere **BAG ARBEIT TRIFFT** Prof. Dr. Thomas Rigotti **VOR ORT** Outlaw Der **BLICK ÜBER DEN TELLERRAND** DZR Wien **VERANSTALTUNGSTIPPS** Alle Seminare auf einen Blick **NACHGEFRAGT** bei Barbara Heikaus

bag arbeit

Perspektive 50plus

Inhalt

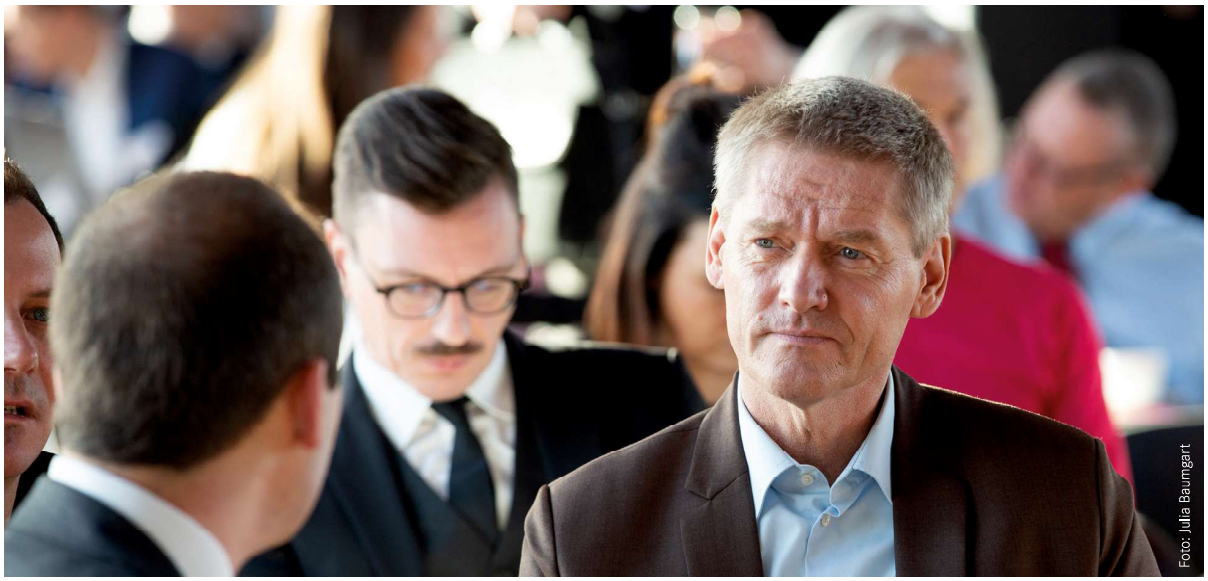


Foto: Julia Baumgart

Zur Sache

50plus - die können es 2

Reiner Engel

Magazin

Sonderregelung lässt 171.000 Ältere aus der Arbeitslosenstatistik verschwinden 3

Lena Becher

Grundsicherung im Alter wird von 60 Prozent der Berechtigten nicht in Anspruch genommen 4

Hermann Buslei, Dr. Johannes Geyer, Prof. Dr. Peter Haan

Kommentare aus dem Bundestag 6

Buch- und Filmtipp 9

Perspektive 50plus

Ältere Menschen im Niemandsland von Hartz IV und der Grundsicherung für Ältere 10

Prof. Dr. Stefan Sell

bag arbeit trifft 16

Prof. Dr. Thomas Rigotti

Vor Ort

Outlaw 19

Blick über den Tellerrand

DRZ Wien 23

Veranstaltungstipps 26

Nachgefragt 28

Barbara Heikaus

Kommentare aus dem Bundestag

Die 50plus Projekte sind ausgelaufen und gerade konzentriert sich die Arbeitsmarktpolitik auf die Umsetzung des Teilhabechancengesetz. Braucht es (wieder) spezielle Maßnahmen für ältere Arbeitslose? Die bag arbeit hat im Bundestag nachgefragt.

Eine reformierte Arbeitsmarktpolitik nutzt allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

Ältere Menschen sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als andere Bevölkerungsgruppen. Die Zahl der erwerbssuchenden Menschen im Alter von 55-65 Jahren liegt bei 5,7 Prozent und ist somit 0,5 Prozent höher als die allgemeine Erwerbslosenquote. Ältere Erwerbssuchende sind zudem häufiger von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen als jüngere Menschen: 46 Prozent der arbeitslosen Menschen über 55 sind Langzeitarbeitslos, gegenüber 35 Prozent der jüngeren. Positiv hervorzuheben ist allerdings, dass sie seltener eine fehlende formale Qualifikation aufweisen, dafür über Lebenserfahrung verfügen und damit über zahlreiche Kompetenzen, die mitunter auch durch die alltägliche Bewältigung der Lebenssituation „Langzeitarbeitslosigkeit“ erworben wurden.

Daher ist nicht hinzunehmen, wenn wir diese Menschen aufgeben. In Zeiten des demografischen Wandels und Fachkräftemangels benötigen wir diese Menschen dringend. Arbeit ist zudem nicht nur aus materiellen Gründen wichtig, sie ist sinnstiftend und integriert Menschen in die Gesellschaft. Daher muss es unser Anspruch sein, dass Menschen auch im Alter arbeiten können.

Damit wir dieses Ziel erreichen, müssen die Maßnahmen der Arbeitsförderung für alle verbessert werden, für Jung wie für Alt.

Für den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt fordert die FDP die flächendeckende Einführung des sogenannten Passiv-Aktiv-Tauschs. Eine Förderung durch Lohnkostenzuschüsse, die nahe am Arbeitsmarkt erfolgt, ist die beste Vorbereitung für den erneuten Berufseinstieg. Außerdem müssen die Zuverdienstgrenzen gerechter ausgestaltet werden. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Berechnungen des ifo-Instituts zufolge könnten durch diese Maßnahme 300.000 Menschen in Arbeit kommen. Darüber hinaus brauchen die Jobcenter mehr Zeit für Gespräche von Mensch zu Mensch. Dafür ist eine Entbürokratisierung zwingend notwendig. Da insbesondere ältere Menschen neben formalen Qualifikationen aufgrund ihrer Lebenserfahrung über viele am Arbeitsmarkt relevante Fähigkeiten verfügen, benötigen wir ein System zur besseren Erfassung dieser sogenannten „Softskills“. Auch die Arbeitgeberservices und Betriebsakquisiteure müssen gestärkt werden, damit eine Zusammenführung älterer Erwerbssuchender und potentieller Arbeitgeber verstärkt erfolgen kann. Damit die Jobcenter für ältere langzeitarbeitslose Menschen überhaupt tätig werden, fordern wir die ersatzlose Streichung des §53a Absatz 2 SGB II.

Pascal Kober ist Mitglied des Deutschen Bundestages und sozialpolitischer Sprecher der FDP Bundestagsfraktion.

Ferner muss die Wertschätzung gegenüber der Lebensleistung von Menschen steigen. Damit können wir bei der Gesetzgebung anfangen, indem wir bei Arbeitslosigkeit die selbst genutzte Immobilie nicht zum Vermögen anrechnen und das Schonvermögen ausweiten. Durch eine erzwungene Veräußerung missachten wir die Lebensleistung von Menschen, demotivieren sie und leisten dadurch möglicherweise Depressionen Vorschub. Zudem erhöhen wir ganz unnötig das Risiko von Altersarmut – das ist fatal. Insbesondere hinsichtlich einer sich immer schneller verändernden Arbeitswelt müssen wir präventive Ansätze zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit stärken.

Menschen müssen dauerhaft die Möglichkeit haben, sich fort- und weiterzubilden - das darf nicht am fehlenden Geld scheitern. Für Menschen mit kleinem und mittleren Einkommen fordern wir ein sogenanntes Midlife-Bafög, einen einkommensabhängigen Betrag in Höhe vom 500€ bis 1.000€ jährlich, der bis zu zehn Jahre angespart und für berufliche Weiterbildungszwecke genutzt werden kann. Aus- und Fortbildungen sollten gleichzeitig auch flexibler gestaltet und im Rahmen von Teilzeitqualifizierungen angeboten werden, die auf modularer Basis zu einem Berufsabschluss führen. Durch diese Maßnahmen ermöglichen wir ein lebenslanges Lernen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir benötigen ein System, welches die finanziellen Möglichkeiten der Arbeitsförderung durch den Passiv-Aktiv-Tausch ausweitet und Menschen hochwertig beraten kann. Ein System, das Menschen unabhängig von Geschlecht oder Alter die Möglichkeiten gibt, sich fort- und weiterzubilden und alle ihre vielfältigen Fähigkeiten einzubringen. Am Ende wird das für alle Seiten einen Mehrwert bringen - Menschen werden erneut ihren Beitrag zur Gesellschaft leisten und unsere Gesellschaft wird von den vielfältigen, oft noch nicht erkannten Fähigkeiten der neuen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren.

Martin Rosemann ist Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales und stellvertretender Sprecher der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion.

Viele Unternehmen beklagen derzeit Fachkräftemangel. Im 4. Quartal 2019 gab es in Deutschland insgesamt 1.414.000 offene Stellen. Diese Entwicklung trägt dazu bei, dass sich gerade auch die Situation von Älteren am Arbeitsmarkt verbessert. Entsprechend hat die Beschäftigung Älterer zu-, die Arbeitslosigkeit Älterer hingegen abgenommen. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren weiter verstärken, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Dennoch haben es ältere Arbeitslose nach wie vor deutlich schwerer einen neuen Job zu finden als jüngere.

Daher ist es wichtig, mehr Anstrengungen auf die Vermittlung älterer Arbeitsloser zu richten. Noch wichtiger ist es jedoch dafür zu sorgen, dass sie erst gar nicht arbeitslos werden. Es ist daher von großer Bedeutung, dass die Erfahrungen aus dem Bundesprogramm Perspektive 50plus nicht verloren gehen, sondern in die Ausrichtung der aktiven Arbeitsmarktpolitik der Jobcenter vor Ort einfließen und so eine passgenaue und individuelle Unterstützung befördern.

Wir wollen aber kein neues Bundesprogramm für eine spezielle Zielgruppe auflegen. Stattdessen wollen wir dafür sorgen, dass jeder und jede im Jobcenter die Unterstützung bekommt, die nötig ist, um am Arbeitsmarkt und an unserer Gesellschaft teilhaben zu können. Und zwar unabhängig davon, ob jemand alt oder jung ist.

Für die Unterstützung von Arbeitslosen stehen insbesondere die im zweiten und dritten Buch des Sozialgesetzbuchs (SGB II und III) aufgeführten Instrumente der Arbeitsförderung zur Verfügung. Diese Instrumente wollen wir sinnvoll erweitern, damit ein flexibler und passgenauer Instrumentenkatalog zur Verfügung steht. Im letzten Jahr haben wir den neuen § 16i SGB II im Bundestag beschlossen. Damit haben wir einen sozialen Arbeitsmarkt eingeführt. Wir fördern so Arbeit statt Arbeitslosigkeit und geben vielen Menschen eine neue und langfristige Chance auf Teilhabe am Arbeitsleben - begleitet durch ein individuelles Coaching. Dieses Coaching wollen wir auch unabhängig vom sozialen Arbeitsmarkt möglich machen. Zudem wollen wir aufsuchende Sozialarbeit in den Jobcentern etablieren. Wesentliche Rahmenbedingung für eine individuelle und passgenaue Unterstützungist aber ausreichendes und gut qualifiziertes Personal. Deshalb setzen wir uns für einen besseren Personalschlüssel in den Jobcentern ein. Mehr Personal alleine reicht aber nicht.

Eine zentrale Bedeutung kommt der Beratungs- und Betreuungsqualität in den Jobcentern zu. Dies betrifft die Weiterbildung des Personals ebenso wie die Qualität von Prozessen. Gerade aus dem Bundesprogramm 50plus wissen wir um die Bedeutung von Netzwerken bei der Unterstützung von arbeitslosen Menschen - seien es Alleinerziehende, Ältere oder Personen mit komplexen Problemlagen. Qualifizierung und Vermittlung ist wichtig. Aber auch das Umfeld muss stimmen. Leistungen wie Schuldner- und Suchtberatung, Kinderbetreuung, Unterstützung bei Mobilität und Gesundheit. All dies muss ganzheitlich einbezogen werden. Daher wollen wir – wie mit der Initiative Netzwerk ABC begonnen – die Jobcenter auch weiter dazu ermutigen, mit allen wichtigen örtlichen Akteuren in einem Netzwerk zu kooperieren. So wollen wir als SPD erreichen, dass jeder und jede die bestmögliche Unterstützung bekommt, die er oder sie benötigt.

Schlussendlich ist unser Ziel eine Unterstützung und Betreuung, die sich nicht an Rechtskreisen und finanziellen Zuständigkeiten orientiert, sondern immer am Einzelfall und dessen individuellem Hilfebedarf. Wir wollen weg von einem zerstückelten Sozialsystem hin zu einer integrierten und koordinierten Erbringung der unterschiedlichen sozialen Leistungen. Wir brauchen eine präventive Sozialpolitik, die die unterschiedlichen und vielfach auch komplexen Lebensverläufe im Blick hat, möglichst Arbeitslosigkeit verhindert bzw. falls Arbeitslosigkeit entsteht, alles dafür tut, um eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und gesellschaftliche Teilhabe zu unterstützen. In unserem Sozialstaat müssen Leistungen wie aus einer Hand erbracht werden – von einem Sozialstaat der Partner der Menschen ist. Und genau dafür steht die SPD mit ihrem neuen Sozialstaatskonzept.

Als Bundesarbeitsminister Hubertus Heil anlässlich des Berichts zur Rente mit 67 von einer „beeindruckenden Entwicklung der Erwerbsbeteiligung rentennaher Jahrgänge“ sprach, erschien das auf den ersten Blick nachvollziehbar: In der Tat nimmt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 55 und 65 Jahren zu. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es vielen Menschen in den vergangenen Jahren nicht gelungen ist, mit der Anhebung der Regelaltersgrenze Schritt zu halten. Denn nach wie vor ist der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im rentennahen Alter zu niedrig. Die Zahl der Minijobberinnen und Minijobber über 63 Jahre und der Anteil atypisch Beschäftigter haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen, während die Zahl der in Vollzeit arbeitenden Älteren stagniert. Und Frauen kurz vor dem Rentenalter machen besonders in Ostdeutschland einen immer größeren Teil der Arbeitslosen aus.

Markus Kurth ist Sprecher für Rentenpolitik der Grünen im Bundestag und Obmann im Ausschuss für Arbeit und Soziales.

Für die Akzeptanz der getroffenen Entscheidung, die Regelaltersgrenze anzuheben, ist es entscheidend, Lösungen für die vielfältigen Formen des Arbeitslebens im Alter zu schaffen. Wir wollen deshalb die Teilrente attraktiver machen, unter anderem indem wir die Abschläge für besonders belastete Beschäftigte streichen. Die Erwerbsminderungsrente wollen wir stärken. Präventionsmaßnahmen müssen zum Standard werden und gemeinsam mit der Rehabilitation einen noch größeren Beitrag zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit leisten. Zudem braucht es dringend eine Analyse der spezifischen Belastungen einzelner Berufsgruppen und darauf aufbauend maßgeschneiderte rentenrechtliche Lösungen.

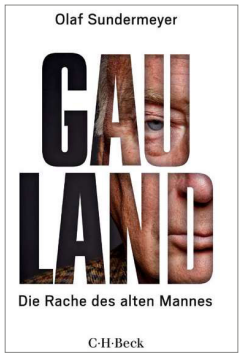
Langfristig dürfte die Herausforderung, allen bis ins Alter eine vernünftige Beschäftigung zu ermöglichen, größer und nicht kleiner werden. Mit der Beschleunigung des demografischen Wandels, der Digitalisierung und vor allem der zwingend notwendigen ökologischen Transformation der Wirtschaft werden gleich drei Prozesse den Arbeitsmarkt strukturell verändern - und das gleichzeitig.

Wir Grüne wollen, dass Beschäftigte in Zukunft schon auf Veränderungen am Arbeitsplatz vorbereitet sind, bevor sie akut auftreten. Zum zentralen Schlüssel für kommenden Herausforderungen wird deshalb die berufliche Weiterbildung. Erste Schritte hat die Bundesregierung mit Qualifizierungschancengesetz bereits unternommen. Diese reichen aber nicht weit genug. Die Arbeitslosenversicherung ist deshalb zur Arbeitsversicherung weiterzuentwickeln. Sie muss lebensbegleitendes Lernen erleichtern, fördern und ein zentraler Baustein einer neuen Weiterbildungskultur werden. Mit gut aufgestellten Bildungsagenturen soll es eine zentrale Anlaufstelle für alle - sowohl Arbeitslose als auch Beschäftigte - geben, die Fragen zu Weiterbildung haben. Damit verbinden wir die Einführung eines Rechts auf Weiterbildung, das mit einem ausreichenden Einkommensersatz für die Zeit der Qualifizierung einhergeht. Mit einem Weiterbildungsgeld, das 200 Euro oberhalb des individuellen Anspruchs auf Arbeitslosengeld I oder Arbeitslosengeld II liegt, ermöglichen wir auch älteren Beschäftigten eine finanziell abgesicherte berufliche Qualifikationsphase. Den Vorrang von Vermittlung vor allen anderen Leistungen der Arbeitsförderung schaffen wir ab.
Eine nachhaltige Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik muss darüber hinaus Instrumente bereitstellen, die besonders während der Phase des ökologischen Umbaus die Beschäftigungsverhältnisse in den vom Wandel betroffenen Unternehmen erhalten und die Beschäftigten vorausschauend qualifizieren. Dazu haben wir vor kurzem einen Antrag zur Einführung eines neuen Qualifizierungs-Kurzarbeitergeldes als Brücke für Unternehmen im Transformationsprozess in den Deutschen Bundestag eingebracht.
Im Wandel braucht es nicht zuletzt innovative Ideen. Ein bereits erprobtes Projekt, „Tätigkeitswechsel zum Erhalt der Arbeitsfähigkeit“, kurz „TErrA“, wurde von den Berufsförderungswerken entwickelt, die eng mit Rehabilitations-Trägern wie der Deutschen Rentenversicherung zusammenarbeiten. Mit regionalen Unternehmensnetzwerken organisieren die Berufsförderungswerke in Modellregionen den Jobwechsel inklusive Neuausbildung von einer Tätigkeit in eine andere und auch von einem Unternehmen in ein anderes. Dabei geht es nicht zuletzt um gesünderes, längeres Arbeiten und eine alternsgerechte Arbeitswelt. Das ist nicht nur im Sinne der Beschäftigten, sondern bietet auch Unternehmen neue Möglichkeiten, qualifizierte Fachkräfte für sich zu gewinnen.

Buchtipp

Gauland. Die Rache des alten Mannes

Olaf Sundermeyer

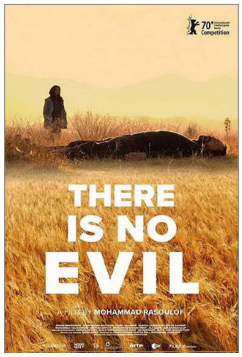


Seine Karriere begann als Presseattaché in Edinburgh, anschließend war er für die CDU unter anderem im ersten Umweltministerium tätig und Leiter der Hessische Staatskanzlei.
40 Jahre CDU-Mitglied. Was Alexander Gauland dazu bewegt sich von der Partei abzuwenden und mit seinen Frankfurter Kreisen und seiner Tochter zu brechen? Was sucht dieser bekennende Konservative und Englandliebhaber am rechten Rand? Olaf Sundermeyer bring in seiner Biografie Licht in das Vorleben des AfD-Frontmanns.

Filmtipp

Es gibt kein Böses

Deutschland, Iran, Tschechische Republik



Der Regisseur Mohammed Rassulofr bespricht in diesem Episodenfilm mit großer erzählerischer Kraft die Auswirkungen der Todesstrafe im Iran. Die vier nicht zusammenhängenden Kurzfilme laufen in ihrer Frage der nach Verantwortung Einzelner zusammen. Sie fragen nach, bis zu welchem Grad individuelle Freiheit unter einem despotischen Regime und scheinbar unentrinnbaren Bedrohungen möglich ist.

Abonnement – forum arbeit

Antwort – Fax

030 / 28 30 58 20

forum arbeit erscheint viermal im Jahr. Sie finden in der Verbandszeitschrift aktuelle Artikel, Interviews und Berichte sowie einen umfangreichen Serviceteil mit Terminen, Adressen und Literaturtipps rund um das Thema Beschäftigungsförderung.

Der Preis des Jahresabonnements beträgt zurzeit Euro 20,00 (zzgl. Versand und ggf. 7% MwSt.).

❑ Ich/ wir möchte/ n forum arbeit abonnieren und bitte/ n um Zusendung mit Rechnung an folgende Anschrift:

Name und Anschrift des Unternehmens:

_____

_____

_____

Datum:_____ Unterschrift:_____

Bitte faxen (030- 283 058 20) Sie uns das ausgefüllte Formular zurück, senden uns das Formular per Email (info@bagarbeit.de) oder per Post an die bag arbeit, Brunnenstr.181, D-10119 Berlin.